

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.11.2022

Inhalt

EWN

1 Energiekrise Umwelthilfe fordert Einlaufverbot für LNG-Tanker nach Lubmin <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 22.11.2022</i>	3
2 Energiekrise bis Deutschlandticket 500 Millionen Euro zusätzlich – MV beschließt Nachtragshaushalt <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 22.11.2022</i>	4
3 Atommüll nach Grafenrheinfeld <i>Main-Post Würzburg, 23.11.2022</i>	5

Energiekrise Umwelthilfe fordert Einlaufverbot für LNG-Tanker nach Lubmin

283,06 Meter lang und 43,44 Meter breit: Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert, dem Riesen-LNG-Terminalschiff „Neptune“ die Einfahrt über den Greifswalder Bodden nach Lubmin zu untersagen. Am Dienstagabend sollte die unter norwegischer Flagge laufende „Neptun“ den Ostseehafen Mukran auf Rügen erreichen. „Wir fordern die Landesregierung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf, die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und den Versuch einer Einfahrt der ‚Neptune‘ nach Lubmin vor Abschluss des Genehmigungsverfahrens zu verbieten“, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner.

Zwischenstopp in Mukran geplant

Die Deutsche Regas will in Lubmin bereits Anfang Dezember das schwimmende LNG-Terminal in Betrieb nehmen. In einer ersten Ausbaustufe sollen bis zu 5,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas in Lubmin eingespeist werden. Nach Plänen der Deutschen Regas soll diese Kapazität danach ausgebaut werden. Deutschland setzt beim Ersatz russischen Pipeline-Gases unter anderem auf per Schiff geliefertes Flüssigerdgas.

Nach Einschätzung der Deutschen Umwelthilfe werde die „Neptune“ in Mukran auf den Weg zu ihrem Bestimmungsort Lubmin festmachen, um Ballastwasser und Treibstoff zu entladen. Das Schiff habe aber mit 9,6 Me-

tern einen zu großen Tiefgang, um den flachen Greifswalder Bodden nach Lubmin durchfahren zu können. Dafür dürfe der Tiefgang höchstens 6,1 Meter betragen, so die Umwelthilfe. „Die Neptune fährt zu einem Zeitpunkt in deutsche Küstengewässer ein, zu dem noch überhaupt nicht feststeht, ob sie überhaupt als schwimmendes LNG-Terminal betrieben werden darf. Offenbar sollen in Lubmin Fakten geschaffen werden, ohne dass das Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist“, sagte Müller-Kraenner.

Noch bis zum 28. November könnten Umweltverbände sowie Bürger Einwendungen gegen das Projekt erheben. Diese müssten erst geprüft werden, bevor überhaupt eine Genehmigung erfolgen kann.

Genehmigungsunterlagen unvollständig?

„Eine erste Auswertung der Antragsunterlagen zeigt, dass diese in hohem Maße unvollständig sind“, sagte der DUH-Geschäftsführer. Die Klimawirkung des Projektes sei nicht untersucht worden, Auswirkungen auf den sensiblen Naturraum des Boddenmeeres seien unklar, die umwelt- und störfallrechtlichen Prüfungen nicht vollständig und Gefahrenquellen in der unmittelbaren Nachbarschaft würden teils nicht einmal erwähnt. In der unmittelbaren Nachbarschaft befindet sich das atomare Zwischenlager Nord Lubmin.

Energiekrise bis Deutschlandticket 500 Millionen Euro zusätzlich – MV beschließt Nachtragshaushalt

500 Millionen Euro bringt das Land zusätzlich auf. Damit soll unter anderem die Wirtschaft auf ihrem Weg in Richtung Klimaneutralität unterstützt und ein Energiepreis-Härtfallfonds aufgelegt werden. Außerdem muss das Land Wohngeld und 49-Euro-Ticket mitfinanzieren.

Mecklenburg-Vorpommern setzt höhere Einnahmen aus diesem Jahr sowie Rücklagen aus den vergangenen Jahren für die Bewältigung der Energiekrise ein. Die Landesregierung beschloss bei ihrer auswärtigen Kabinettsitzung am Dienstag in Malchow (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr. „Wir schieben 500 Millionen Euro nach“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) nach dem Ministertreffen in der Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz. Daneben würden zahlreiche Investitionen über die Rücklage finanziell abgesichert, ergänzte Finanzminister Heiko Geue (SPD). Neue Schulden müssten nicht aufgenommen werden.

Am Abend kündigte Schwesig bei einem Bürgerforum in Waren außerdem eine Bürgerinformation wegen der höheren Energiepreise für Einwohner von Mecklenburg-Vorpommern an. Darin sollen alle Hilfen von Bund und Land zusammengefasst werden, wie die Strompreis- und die Gaspreisbremsen, erklärte Schwesig.

Die Landesregierung will zudem prüfen, wie man verhindern kann, dass einzelne Bürger illegal mehr Altholz aus Wäldern holen, was unter anderem im der Region Feldberg beobachtet wurde.

Außerdem ging es am Abend vor rund 100 Zuhörern im Müritzeum darum, wie das drohende Ende der Behandlung von extrem kleinen Frühgeborenen ab 2023 am Klinikstandort Neubrandenburg noch verhindert werden kann.

Zur Bewältigung der Energiekrise ist das Geld des geplanten Nachtragshaushaltes nötig: Der Energiefonds MV soll insgesamt 1,1 Milliarden Euro umfassen, wobei 600 Millionen Euro vom Bund kommen. Finanzminister Geue erläuterte: „Mit dem vorgelegten Nachtragshaushalt 2023 schafft die Landesregierung die rechtliche Basis für das enorme Investitionsvolumen des MV Energiefonds von über 800 Millionen Euro in die Transformation der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns hin zur klimaneutralen Industrie.“

Gut 300 Millionen sollen außerdem unter anderem in das Wohngeld, das 49-Euro-Deutschlandticket und in einen Härtefallfonds fließen. Außerdem will das Land die Entschädigung des Bundes für Menschen, die bei der Rentenüberleitung aus DDR-Zeit zu kurz kamen, von 2500 auf 5000 Euro aufstocken. Für den Fonds, der laut Finanzministerium auch Spätaussiedlern und jüdischen Zuwandern zugute kommen soll, sind Geue zufolge 25 Millionen Euro vorgesehen.

Der Nachtragshaushalt soll am Donnerstag dem Landtag in einer Sondersitzung zur ersten Beratung vorgelegt werden. Die Beschlussfassung soll nach dem aktuellen Fahrplan Anfang Dezember erfolgen.

Mecklenburg-Vorpommern verbessert zudem die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Entwurf sieht deutlich höhere Stipendien für junge Forscherinnen und Forscher vor. Mit 1500 Euro im Monat statt bisher maximal 1100 Euro soll den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung getragen werden. MV soll so auch im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern um den Wissenschaftsnachwuchs besser Schritt halten können. Die Regelzeit für Stipendien soll von zwei auf drei Jahre ausgeweitet werden. In der künstlerischen Nachwuchsförderung sollen mehr Bewerber in den Genuss eines Caspar-David-Friedrich-Stipendiums kommen können.

Atommüll nach Grafenrheinfeld

Politisch ist der Plan umstritten, aber Kraftwerksbetreiber Preussen-Elektra hat eine Genehmigung für die Zwischenlagerung von atomarem Abfall in Unterfranken.

Grafenrheinfeld. Atommüll aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Würgassen in Nordrhein-Westfalen wird nun doch in Grafenrheinfeld (Lkr. Schweinfurt) zwischengelagert. Entsprechende Pläne hat der Kraftwerksbetreiber Preussen-Elektra am Dienstag konkretisiert. Vier Behälter mit schwach radioaktivem Abfall, der aus dem Rückbau des Atommeilers in Würgassen stammt, sollen nach Unterfranken gebracht werden. Einen Zeitpunkt nannte Preussen-Elektra nicht. Weitere Container könnten später dazukommen.

Bereits beim Bau des zweiten Zwischenlagers in Grafenrheinfeld, den Preussen-Elektra veranlasst hat und das strahlende Abfälle aus dem laufenden Rückbau des AKW Grafenrheinfeld aufnehmen soll, hatte sich Preussen-Elektra genehmigen lassen, bis zu 20 Prozent der Lagerkapazitäten auch für Hinterlassenschaften aus anderen AKW im Eigentum von Preussen-Elektra nutzen zu dürfen. Hintergrund ist, dass das zentrale Endlager in Schacht Konrad bei Salzgitter frühestens im Jahr 2027 zur Verfügung steht. Dorthin sollen dann auch diejenigen Fässer gebracht werden, die nun in Grafenrheinfeld geparkt werden sollen.

20 Prozent Platz für externen Müll

In Grafenrheinfeld gibt es zwei Zwischenlager: Das BZR, in dem die hochradioaktiven Brennstäbe lagern. In 54 Castoren. Material von außerhalb darf dorthin nicht gebracht werden, obwohl in der Halle noch Platz wäre. Die Genehmigung läuft bis 2046, dürfte aber verlängert werden, weil die Standortsuche nach einem Endlager in Deutschland bislang ergebnislos andauert. Das zweite Lager trägt die Bezeichnung AZR und ist für schwach- und mittelradioaktiven Müll aus dem Abbau des AKW Grafenrheinfeld gedacht. Darin sollen auch die Behälter aus Würgassen untergebracht werden. Beide Lager betreibt inzwischen die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung BGZ. Nach Mitteilung von Preussen-Elektra prüfe die BGZ derzeit die Unterlagen für die Zwischenlagerung aus Würgassen. Es ist zu erwarten, dass die Prüfung positiv ausfallen

wird, da Preussen-Elektra für den Bau eine Genehmigung für externen Müll bewirkt hatte.

Logistikzentrum geplant

Als Grund für den Transport nach Unterfranken gibt der Kraftwerksbetreiber, eine Tochter des Eon-Konzerns, an, den weiteren Rückbau des ehemaligen AKW Würgassen vorzubereiten. Dort sind nur noch die Gebäudehüllen übrig geblieben. Allerdings lagern aus Platzgründen in einigen Räumen Behälter mit radioaktivem Müll. Bevor die Gebäude abgerissen oder anderweitig genutzt werden können, müssen laut Preussen-Elektra diese Rückstände entfernt werden.

In einem gewissen Zusammenhang mit den Transportplänen könnte auch das Vorhaben der BGZ stehen, auf dem Gelände in Würgassen ein zentrales Logistikzentrum für schwach- und mittelradioaktiven Müll zu bauen. Denn aus den deutschen AKW-Standorten kann später das Material nicht direkt nach Schacht Konrad gebracht werden, sondern soll in Würgassen zentral gesammelt, spezifiziert und sortiert werden, um es dann nach einem genauen Ablauf- und Zeitplan in das Endlager zu liefern.

Die Pläne von Preussen-Elektra, Atommülltransporte nach Grafenrheinfeld vorzubereiten, hatte nach deren Bekanntwerden 2021 für politischen Wirbel in der Region gesorgt. Vor allem der Landtagsabgeordnete Paul Knoblach (Grüne), der in unmittelbarer Nachbarschaft zum AKW Grafenrheinfeld wohnt, hatte sie vehement kritisiert. In Anbetracht der Tatsache, dass in Grafenrheinfeld bereits eine Menge Atommüll lagere, solle kein weiterer dazukommen. Ebenso mahnte er Transportrisiken an. Am Dienstag bestätigte Knoblach gegenüber dieser Redaktion seine kritische Haltung in vollem Umfang.

Die Risiken, die bei Transport und Einlagerung entstehen würden, kritisiert auch der Bund Naturschutz. Der Schweinfurter Kreisvorsitzende Edo Günther weist darauf hin, dass die politische Aufmerksamkeit bereits

im Genehmigungsprozess hätte höher ausfallen müssen, als jetzt den Zustand anzuprangern. Zudem kritisiert er, dass beim Lager für schwachradioaktive Stoffe

fe eine dreifach höhere Strahlenemission nach außen erlaubt worden sei als beim BZR für hochradioaktive Brennstoffe.